

**Hauptergebnisse  
der gemeinsamen Prüfung Griechenlands von Kommission, EZB und IWF  
(3. Mai – 2. Juni 2011)**

*Eine gemeinsame Delegation von Vertretern der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF traf vom 3. Mai bis zum 2. Juni 2011 mit den griechischen Behörden in Athen zusammen. Die Delegation bewertete, inwieweit die Bedingungen der vierten Überprüfung im Rahmen des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms erfüllt wurden.*

*Diese Mitteilung enthält die wesentlichen Erkenntnisse der Prüfungsdelegation, befasst sich jedoch nicht mit den Programm- und Finanzierungsstrategien. Der übliche detaillierte Compliance-Bericht wird derzeit erarbeitet und wird termingerecht den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt und veröffentlicht.*

Im Verlauf des vergangenen Jahres hat sich das wirtschaftspolitische Maßnahmenprogramm als angemessen erwiesen und Griechenland hat Fortschritte bei der Beseitigung seiner makroökonomischen und fiskalischen Ungleichgewichte erzielt. Zu den Zielen des Programms zählen von jeher die Wahrung der Finanzstabilität und einer angemessenen Liquidität im Bankensektor, die Reduzierung des Haushaltsdefizits zur Wiederherstellung tragfähiger öffentlicher Finanzen und eine veränderte Wirtschaftsstruktur, mit der die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt, das Leistungsbilanzungleichgewicht verringert und Wachstum und Beschäftigung gefördert werden.

Nach einem kraftvollen Anfang im Sommer 2010 kam die Umsetzung der Reform in den letzten Quartalen zum Stillstand. Deutliche politische Risiken sowie Probleme hinsichtlich der Verwaltungskapazität sind im Rahmen der Programmumsetzung vorhanden. Neue Impulse sind erforderlich, um zu verhindern, dass sich das Haushaltsdefizit auf einem nicht nachhaltigen Niveau festfährt, aber auch, um eine kritische Masse an Strukturreformen zu erreichen, die die wirtschaftliche Erholung unterstützt.

**Makroökonomischer Kontext**

**Die Rezession scheint etwas tiefer und länger auszufallen als anfangs angenommen.** Die Wirtschaftsaktivität ist im Jahr 2010 um 41/2 Prozent und damit etwas deutlicher geschrumpft, als bei Auflegung des Programms und in anschließenden Prüfungen angenommen. Der Rückgang betraf vorwiegend die Binnennachfrage, wohingegen der Außenhandelssektor dynamisch war und damit zur Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte beitrug. Einiges deutet darauf hin, dass die Wirtschaft derzeit ins Gleichgewicht zurückfindet und die

Quartale mit der stärksten Schrumpfung bereits vorüber sein könnten. Die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und der Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich auch in der sinkenden Inflation zu konstanten Steuersätzen sowie in niedrigeren Tarifabschlüssen und Lohnkosten. Allerdings wird für die zweite Hälfte des Jahres 2011 noch von einer weiteren Schrumpfung des realen BIP ausgegangen, da die erforderliche zusätzliche Haushaltskonsolidierung sowie Liquiditätsengpässe die Erholung noch um einige Quartale in die Zukunft verschieben werden. Das Wachstum des realen BIP für 2011 wird nun mit -3,8 Prozent veranschlagt. Positive, wenngleich moderate, Wachstumsraten werden ab 2012 erwartet.

**Tabelle 1: Makroökonomischer Rahmen**

	2010	2011	2012	2013	2014
Reales BIP (Wachstumsrate)	-4,5	-3,8	0,6	2,1	2,3
Beitrag Binnennachfrage*	-7,7	-6,6	-2,0	1,0	1,4
Nettobeitrag Handel	2,3	2,7	2,6	1,1	0,9
Beschäftigung (Wachstumsrate)	-2,1	-3,2	-0,3	0,9	0,7
Arbeitslosenquote (in % der Erwerbsbevölkerung)	9,1	11,5	14,5	15,0	14,5
Lohnstückkosten (Wachstumsrate)	-0,4	-1,8	-0,2	-0,3	-0,5
HVPI-Inflation	4,7	2,9	1,0	1,0	1,1
HVPI-Inflation zu konstanten Steuersätzen	1,4	1,3	0,9	1,1	1,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)	-11,8	-9,9	-7,7	-6,6	-5,8
Finanzierungsdefizit gegenüber der übrigen Welt (in % des BIP)	-10,1	-8,0	-5,6	-4,4	-3,4
Netto-Auslandsverbindlichkeiten (% des BIP)	-129,5	-140,5	-144,3	-144,3	-143,1

\* ohne Bestandsveränderung und Nettozugang an Wertsachen

Quelle: Dienststellen der Kommission.

**Tabelle 2. Makroökonomischer Rahmen  
(Wachstum des realen BIP)**

	2011	2012
<b>Kommission/EZB/IWF</b>	<b>-3.8</b>	<b>+0.6</b>
OECD	-2.9	+0.6
Consensus Economics	-3.6	+0.2
Griechische Zentralbank (National Bank of Greece, NBG)	-3.5	--
Piräus Bank	-3 to -4	--
Alpha Bank	> -2.5	--
Stiftung für Wirtschafts- und Industrieforschung (Foundation for Economic and Industrial Research, IOBE)	-3.2	--

## **Haushaltskonsolidierung**

**Die quantitativen Haushaltsziele für das erste Quartal 2011 wurden erreicht.** Die Steuererhebung ist weiterhin geringer als angestrebt, auch nach den in vorangegangenen Überprüfungen vereinbarten Abwärtskorrekturen. Obwohl diese nicht den Erwartungen entsprechenden Ergebnisse teilweise durch die Schwere der Rezession und die Liquiditätsengpässe der Steuerpflichtigen bedingt sind, haben die zahlreichen Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ihre Wirksamkeit noch nicht voll entfaltet. Dennoch wurde das quantitative Ziel für den Primärsaldo dank Minderausgaben auf Staatsebene und relativ positiver Ergebnisse im Haushaltsvollzug von Kommunen und Sozialversicherungsträgern erreicht. Etliche Schwächen bei der Ausgabenkontrolle wurden jedoch noch nicht behoben. Daher wurden Zahlungsrückstände von Staat und Krankenhäusern gegenüber Auftragnehmern nicht beglichen, sondern steigen weiter.

**Die Regierung führt eine Reihe von Maßnahmen ein, um die Einhaltung der Obergrenze des Haushaltsdefizits (gemäß ESVG) für 2011 zu gewährleisten.** Bei der letzten Überprüfung (Februar 2011) wurde festgestellt, dass das Haushaltsziel für 2011 ohne weitere Maßnahmen um mindestens 3/4 BIP-Prozentpunkte verfehlt werden würde. Mittlerweile hat sich die Lücke zwischen den Haushaltsprognosen und der Defizitobergrenze erheblich vergrößert. Würden keine Maßnahmen ergriffen, würde das Staatsdefizit 2011 nahe dem Niveau von 2010 bleiben, bei über 10 Prozent des BIP. Um diese Lücke zu schließen, kündigte die Regierung mehrere defizitsenkende Maßnahmen an, die sich auf ca. 3 Prozent des BIP im Jahr 2011 belaufen.

**Eine mittelfristige Haushaltsstrategie (MTFS) wurde erarbeitet, um die Dauerhaftigkeit der Haushaltskonsolidierung sicherzustellen.** Das Ziel der mittelfristigen Haushaltsstrategie ist die Ermittlung der defizitsenkenden Maßnahmen, die das Defizit dauerhaft verringern. Angestrebt wird eine Senkung des Staatsdefizits auf 21/2 Prozent des BIP im Jahre 2014 und eine weitere Verringerung im Jahre 2015, außerdem soll die Schuldenquote auf einen Abwärtskurs gebracht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ermittelte die Regierung Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 10 Prozent des BIP von 2011 bis einschließlich 2014 sowie von mehr als 11 Prozent des BIP bei Betrachtung des Zeitraums 2011-15. Die MTFS wird für jedes Ministerium mehrjährige Ausgabenobergrenzen umfassen und daher einen mittelfristigen Haushaltsrahmen festlegen.

**Ein mittelfristiges Haushaltskonsolidierungspaket dieser Größenordnung muss alle Bereiche der Regierungstätigkeit betreffen.** Das Paket mit Haushaltsmaßnahmen umfasst sowohl Ausgaben als auch Einnahmen: Kürzung der Lohn- und Gehaltskosten im öffentlichen Sektor, der operativen Ausgaben, der Verteidigungsausgaben und -investitionen; Verringerung der Übertragungen auf außerbudgetäre Fonds und andere Einrichtungen; Ersparnisse bei staatseigenen Unternehmen; Einsparungsinitiativen bei Gesundheits- und Arzneimittelausgaben sowie weiteren Sozialleistungen bei gleichzeitigem Schutz der sozial schwächsten Gruppen; sowie Erhöhungen einer Reihe von Steuersätzen, Abschaffung zahlreicher Steuerbefreiungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Steuermoral. Die Kürzungen bei den Lohn- und Gehaltskosten im öffentlichen Sektor werden durch Kürzung etlicher Zulagen, den Wechsel zu einem neuen Gehaltssystem und eine Erhöhung der Arbeitszeiten erreicht. Eine

Personalabbauregelung von 1 Neueinstellung für 5 Abgänge wurde bereits bei früheren Prognosen berücksichtigt; diese wurde nun für 2011 verschärft (1 Neueinstellung für 10 Abgänge) und bis 2015 ausgedehnt. Die Personalabbauregelung, eine Verringerung der befristeten Verträge und die Abschaffung bestimmter Positionen nach der Gemeindereform werden das Verwaltungspersonal von 2010 bis 2015 um 20 Prozent senken (von 727.000 auf 577.000). Darüber hinaus wird überzähliges Personal voraussichtlich in eine Arbeitskräftereserve verschoben.

**Dieses Haushaltspaket kann nur erfolgreich sein, wenn es mit der Unterstützung aller Ressorts entschlossen umgesetzt wird.** Die entsprechenden Rechtsvorschriften werden voraussichtlich bis Ende Juni und bis zur ersten Juliwoche vom Parlament verabschiedet. Abgesehen von der Gesetzgebung birgt die Umsetzung eines solchen Pakets, dessen Ziel die Beseitigung von Verschwendung in allen staatlichen Einrichtungen ist, Umsetzungsrisiken. Bei der Konzeption des neuen Haushaltsmaßnahmenpakets mit der Regierung haben die Mitarbeiter von Kommission/EZB/IWF jedoch darauf geachtet, dass die Prognosen für 2011 und 2012 keine Maßnahmen enthalten, die große Umsetzungsrisiken bergen, auch wenn diese Maßnahmen ab 2011 umgesetzt werden: Dies betrifft beispielsweise die Pläne zur Erhöhung der Effizienz der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Steuermoral oder zur Bekämpfung des Betrugs bei Sozialleistungen.

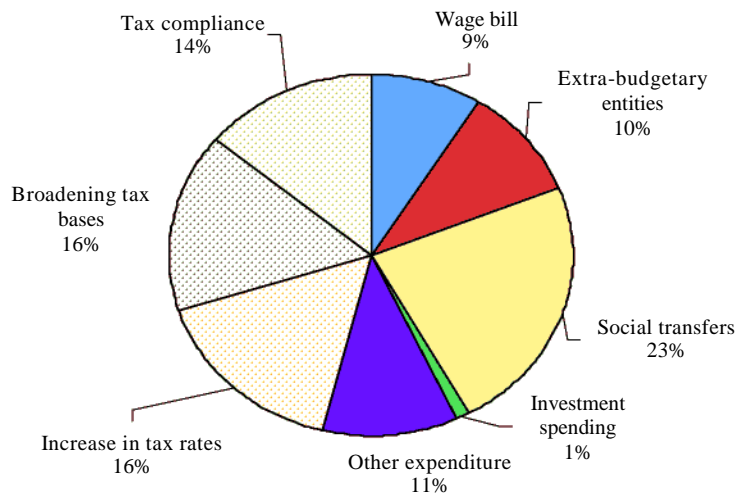
**Tabelle 3. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der MTF5**

(kumulativ, % des BIP)	2011	2012	2013	2014
<b>Maßnahmen gesamt</b>	<b>2,9</b>	<b>5,7</b>	<b>7,9</b>	<b>9,9</b>
<b>Lohn- und Gehaltskosten</b>	0,4	0,6	0,8	0,9
<b>Operative Ausgaben</b>	0,0	0,2	0,3	0,5
<b>Außerbudgetäre Fonds</b>	0,2	0,3	0,5	0,5
<b>Staatseigene Unternehmen</b>	0,0	0,2	0,4	0,5
<b>Verteidigungsausgaben</b>	0,0	0,0	0,1	0,2
<b>Gesundheitswesen</b>	0,0	0,1	0,2	0,2
<b>Arzneimittelausgaben</b>	0,1	0,3	0,4	0,4
<b>Sozialleistungen</b>	0,4	0,9	1,3	1,6
<b>Investitionsausgaben</b>	0,3	0,2	0,1	0,1
<b>Sonstige Ausgaben</b>	0,1	0,2	0,3	0,4
<b>Einhaltung der Steuervorschriften</b>	--	--	0,7	1,4
<b>Steuerpolitik</b>	1,4	2,7	2,9	3,2

*Anmerkung:* Diese Tabelle bezieht sich auf Maßnahmen in Ergänzung zu den bereits vereinbarten oder gesetzlich festgelegten Maßnahmen. Beispielsweise umfasst die in der Tabelle aufgeführte Verringerung der Lohn- und Gehaltskosten nicht die Einsparungen aus der Umsetzung von bereits vereinbarten Personalabbauregelungen (max. 1 Neueinstellung für 5 Abgänge).

*Quelle:* Europäische Kommission.

**Abb. 1. Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der MTF5 bis einschließlich 2014**



Wage bill – Lohn- und Gehaltskosten

Extra-budgetary entities – außerbudgetäre Einrichtungen

Social transfers – Sozialtransfers

Investment spending – Investitionsausgaben

Other expenditure – sonstige Ausgaben

Increase in tax rates – Erhöhung der Steuersätze

Broadening tax bases – Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlagen

Tax compliance – Einhaltung der Steuervorschriften

*Quelle:* Europäische Kommission.

**Tabelle 4. Übersicht über Haushaltslage und Maßnahmen**

(in % des BIP)	2010	2011	2012	2013	2014
<b>Zusätzliche Maßnahmen (kumulativ)</b>	-	2,9	5,7	7,9	9,9
<b>Haushaltsdefizit gemäß ESVG (anschließende Maßnahmen)</b>	-10,5	-7,6	-6,5	-4,8	-2,6
<b>Staatsverschuldung (anschließende Maßnahmen und Privatisierung)</b>	142,7	153,4	153,3	148,7	141,2

Quelle: Dienststellen der Kommission.

### **Privatisierung**

**Wichtige Schritte wurden zur Stärkung und Beschleunigung des Privatisierungsprogramms unternommen.** Die griechische Regierung gehört zu den europäischen Staaten mit dem umfassendsten Bestand an Anlagewerten. Ihr Bestand umfasst börsennotierte und nicht börsennotierte Unternehmen, Konzessionen und Immobilien wie Gebäude und kommerziell interessante Grundstücke. Die meisten dieser Vermögenswerte haben keine nennenswerten Einkünfte erzielt, vielmehr verursachen verlustbringende staatseigene Unternehmen Kosten für die Steuerzahler. Die Privatisierung dieser Vermögenswerte wird zur Reduzierung der Staatsverschuldung beitragen, bei geringen oder gar keinen Kosten – bezüglich der künftigen Erträge –, und könnte tatsächlich zu einer Kostenreduzierung führen. Gleichzeitig werden durch die Privatisierung die wirtschaftliche Aktivität und ausländische Investitionen gefördert. Im Verlauf der Prüfung wurden zur Privatisierung vorgesehene wichtige Vermögenswerte ermittelt (hinsichtlich der Erstellung von Immobilienportfolios für die Privatisierung sind noch Arbeiten erforderlich) und ein vorläufiger Zeitplan für die Privatisierung wurde vereinbart (siehe Anlage 2). Um dieses Verfahren zu beschleunigen und die Unumkehrbarkeit des Ablaufs insgesamt sicherzustellen, wird ein angemessener Steuerungsrahmen (*governance*) vorgesehen, indem in Kürze eine Privatisierungsstelle unter der Leitung eines unabhängigen und professionellen Ausschusses eingerichtet wird. Die Kommission und die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets können Beobachter in diesen Ausschuss berufen. Zur Stärkung der Glaubwürdigkeit hat die Delegation überdies vereinbart, verbindliche Quartalsziele betreffend die Privatisierungserträge als Teil der Konditionalität einer aktualisierten Absichtserklärung (*MoU*) vorzusehen (siehe Anlage).

**Das Festhalten an den Haushaltskonsolidierungs- und Privatisierungsplänen wird dazu beitragen, die staatliche Schuldenstandsquote auf einen nachhaltigen Kurs zu bringen.** Nach aktuellen Projektionen wird die öffentliche Schuldenquote Griechenlands in 2012/2013 einen Höchststand erreichen und anschließend – unterstützt durch einen wesentlichen Beitrag aus dem Privatisierungsplan – abnehmen. Obwohl Griechenland an den Sparmaßnahmen festhalten muss und der Abbau der Schuldenquote sich über viele Jahre hinziehen wird, wird die Wende bei der Schuldenstandsquote dazu beitragen, das Vertrauen der Märkte in die griechische Wirtschaft zu stärken.

### **Finanzsektor**

**Die Lage im Finanzsektor ist weiterhin äußerst angespannt.** Die Banken sind nach wie vor von den internationalen Finanzmärkten abgeschnitten, und das Einlagenniveau schrumpft weiter. Dies ist sowohl auf den Konsumrückgang und das fehlende Betriebskapital auf Unternehmensebene als auch auf die Unruhe zurückzuführen, die durch ungerechtfertigte Marktgerüchte hervorgerufen wurde, welche wiederum den Abzug von Einlagen gefördert haben. Aufgrund dessen fand die Abhängigkeit der griechischen Banken vom Eurosystem Anfang Juni 2011 ihren Höhepunkt, nachdem sie im ersten Quartal 2011 zurückging. Ungeachtet dessen wies die Abhängigkeit der griechischen Banken vom Eurosystem im ersten Quartal des Jahres 2010 im Vergleich zu dem Ende 2010 verzeichneten Höhepunkt einen Rückgang auf. Die Liquiditätssituation der Banken wurde durch die schrumpfende Deckungsmasse angesichts Herabstufungen und sinkenden Bewertungen von Sicherheiten sowie Änderungen der Regelung für Sicherheiten im Eurosystem weiter verkompliziert.

**Die Delegation erörterte mit der griechischen Zentralbank und der Regierung die Erfordernis der Aufrechterhaltung einer angemessenen Kapitaldecke.** Die aus dem Risiko staatlicher Kreditnehmer, das mit dem Besitz von Staatsanleihen einhergeht, abzuleitende Eigenkapitalquote des griechischen Bankensystems ist insgesamt zufriedenstellend, variiert jedoch stark zwischen den einzelnen Banken. Die Qualität der Vermögenswerte verschlechtert sich indessen weiter inmitten einer schwachen Wirtschaftslage, und die Einzahlungsquoten sind vergleichsweise niedrig. Die griechische Zentralbank wird zusätzliche Kapitalspritzen benötigen, um sich vor einer potenziellen weiteren Verschlechterung der operativen Rahmenbedingungen auf Grundlage der einzelnen Risikoprofile der Banken zu schützen. Die Delegation möchte dennoch betonen, dass die Aussichten für den griechischen Finanzsektor nicht von den Entscheidungen zu trennen sind, die in Bezug auf die Schließung der staatlichen Finanzierungslücke getroffen werden.

### **Strukturreformen**

**Diverse wachstumsfördernde Strukturreformen wurden gesetzlich verankert und werden zurzeit umgesetzt.** Die griechische Regierung hat im letzten Jahr verschiedene Strukturreformen in Bezug auf die Regelung der Renten, des Gesundheitswesens, des Arbeitsmarktes, des Produkt- und Dienstleistungsmarktes sowie weitere Reformen zur Stärkung des wirtschaftlichen Umfelds verabschiedet. Im Gegensatz zu den Reformen, die Teil der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind (z. B. Rentensystem, Gesundheitswesen) zielen diese Reformen auf die Beseitigung von starren Strukturen, die Senkung der Produktionskosten und die Steigerung des nationalen Wettbewerbs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Die Wettbewerbsfähigkeit hat sich dank der Lohnkürzungen verbessert, dennoch haben die Strukturreformen noch nicht die kritische Masse erreicht, die zu sichtbaren Ergebnissen bei der Produktivität und Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft führen würde. Die entschlossene Umsetzung der unterschiedlichen Maßnahmen, die gesetzlich verankert wurden (oder sich in Vorbereitung befinden) ist erforderlich, um das Wirtschaftsklima zu verbessern und den Weg zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung zu ebnen. Im Rahmen dieser Prüfung haben die Teams der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF eine Verhandlung über eine Gerichtsreform eingeleitet.

### **Umsetzung und technische Unterstützung**

**Aufgrund von Einschränkungen in der Verwaltungskapazität sah sich die Regierung Herausforderungen bei der Umsetzung ihrer Reformagenda gegenüber.** Die Delegation

erörterte die Notwendigkeit, einen formalen Rahmen für das Projektmanagement zu entwickeln, insbesondere für die wachstumsfördernden Strukturreformen. Die Delegation sprach die Empfehlung aus, dass für jede Maßnahme, die in den unterschiedlichen Bereichen (Arbeitsmarktreform, Produkt- und Dienstleistungsmarktreform, Investitionsbeschleunigung usw.) durchgeführt werden soll, ein Projektmanager ernannt wird, und dass ein interner Ausschuss damit beauftragt wird, die ergebnisorientierten Indikatoren für jede der wichtigsten Strukturreformmaßnahmen regelmäßig zu ermitteln, anzuwenden und auf der Website der Regierung zu veröffentlichen.

**Die Delegation erörterte die Möglichkeit einer technischen Unterstützung.** Die technische Unterstützung durch die Europäische Kommission und den IWF erwies sich in zahlreichen Bereichen wie der Statistik, der Inanspruchnahme von Strukturfondsmitteln, des Kataster-/Grundbuchamts, sowie der Besteuerung, Verwaltung der öffentlichen Finanzen und der Finanzsektorreformen als äußerst hilfreich. Die Regierung bekundete ihr Interesse an einer zusätzlichen Verstärkung der technischen Unterstützung in bestimmten Bereichen, die von Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem IWF zu erbringen wäre. Obgleich keine endgültige oder vollständige Auflistung der Bereiche der technischen Unterstützung vorliegt, betonte die Regierung ihr Interesse an bestimmten fachlichen Kompetenzen in Bezug auf die folgenden Themen: Privatisierung, Gesundheitswesen und Sozialversicherung (z. B. elektronische Auftragsvergabe, elektronische Rezepte und IT-Systeme); Reform der Staatsbetriebe (z. B. Leistungsprüfungen); Reform der Haushaltsführung (z. B. Neuorganisation der Verwaltung und Systeme zur Haushaltsüberwachung); Steuerreformen (z. B. Reformen zur Korruptionsbekämpfung und Steuerprüfungsverfahren); Regulierungsbehörden und wachstumsfördernde Strukturreformen (z. B. Neugestaltung der Ausbildung am Arbeitsplatz und der ständigen Weiterbildung). Nun muss erörtert werden, wie ein umfangreiches Programm zur technischen Unterstützung koordiniert oder finanziert werden würde.

### **Die Suche nach einem politischen Konsens**

**Die Delegation stellte einige Konvergenzpunkte zwischen dem Anpassungsprogramm und den Maßnahmenvorschlägen der wichtigsten Oppositionspartei (ND) fest.** Die ND unterstützt ein umfassendes Privatisierungsprogramm, und es gibt Konvergenzen in den Ansichten zu den meisten wachstumsfördernden Strukturreformen. Im Bereich der Staatsfinanzen herrscht zudem ein Konsens hinsichtlich des Ziels, das Defizit zu reduzieren und die Staatsschulden auf einen nachhaltigen Kurs zu lenken. Des Weiteren wurde dem Wirtschaftsprogramm der ND eine Reihe von Maßnahmen entnommen, wie beispielsweise die Aufstellung eines Bereitschaftssystems für überzählige Mitarbeiter, die Schließung und Zusammenlegung öffentlicher Einrichtungen, die Einschränkung der Steuervergünstigungen, Verfahren zur Steuervorauszahlung von Selbständigen sowie eine große Bandbreite an Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschwendung im Gesundheitswesen. Weiterhin einigte sich die Delegation mit der ND auf die äußerste Wichtigkeit, die Rückstände gegenüber Lieferanten zu beseitigen und Steuerrückerstattungen so zügig wie möglich zu begleichen, und auf die Notwendigkeit, die Inanspruchnahme von Strukturfondsmitteln zu beschleunigen. Die Delegation war jedoch der Ansicht, dass die umfassenden Steuersenkungen (Mehrwertsteuer, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Mineralölsteuer und Sozialbeiträge), die das Wirtschaftsprogramm der ND vorsieht, unrealistisch und nicht mit den Gesamtzielen des Anpassungsprogramms vereinbar sind. Die Delegation stimmte dennoch sowohl mit der Regierung als auch mit der Opposition darin überein, dass mit Beginn des Herbstes eine

haushaltsneutrale Steuerreform zu erarbeiten ist, mit dem Ziel, die Steuerbemessungsgrundlagen auszuweiten und Steuerbefreiungen auszuschließen, was demnach zu einer Senkung der Steuersätze in Bezug auf die Arbeit führen könnte. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Ergebnisse erscheint es unwahrscheinlich, dass die ND dem neuen Paket der Haushaltsmaßnahmen zustimmen wird.

## **Finanzierung**

**Griechenland wird wahrscheinlich nicht in der Lage sein, 2012 auf die Märkte zurückzukehren.** Der vor einem Jahr vereinbarte Finanzierungsplan ging davon aus, dass Griechenland für den Zeitraum von fast zwei Jahren nicht am Markt teilnehmen und die Prolongation seiner mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten ab Anfang 2012 wieder aufnehmen würde. Dieses Szenario erscheint zu diesem Zeitpunkt äußerst unwahrscheinlich. Die Kosten einer Marktfinanzierung sind weiterhin nicht tragbar: Die Renditen sind in den letzten Monaten beträchtlich gestiegen und verzeichnen Höhepunkte, die die Werte zu Beginn des Programms weit überschreiten. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Renditen innerhalb von wenigen Quartalen auf ein tragbares Niveau fallen. In Anbetracht dieser Situation wurde die Kreditwürdigkeit Griechenlands von den wichtigsten Ratingagenturen herabgestuft. Die Skepsis des Marktes bezieht sich auf die Zweifel an der Fähigkeit und Bereitschaft der griechischen Regierung und Gesellschaft, die Haushaltskonsolidierung und die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit konsequent weiterzuverfolgen. Des Weiteren hat die Unsicherheit in Bezug auf das Funktionieren der EU und der Finanzierungsfazilitäten des Euro-Währungsgebiets die Spannung auf den Finanzmärkten noch verstärkt.

**Die Finanzierungsstrategie muss überprüft werden.** In Anbetracht der Unwahrscheinlichkeit einer Rückkehr Griechenlands auf die Finanzmärkte im Jahr 2012 ist das Anpassungsprogramm nun unterfinanziert. Die nächste Auszahlung kann nicht stattfinden, bevor das Problem dieser Unterfinanzierung gelöst ist.

**8. Juni 2011**

---